



TOP VII Tätigkeitsbericht der Bundesärztekammer

Titel: Medikamentenabhängigkeit eindämmen und Angebote der Suchtbehandlung und -beratung für Betroffene ausbauen

Entschließungsantrag

Von: Vorstand der Bundesärztekammer

DER DEUTSCHE ÄRZTETAG MÖGE FOLGENDE ENTSCHLIESSUNG FASSEN:

Der 117. Deutsche Ärztetag 2014 zeigt sich besorgt, über die steigende Anzahl des schädlichen Gebrauchs und der Medikamentenabhängigkeit und fordert die Verantwortlichen auf, mit folgenden Maßnahmen diesem Trend entgegenzuwirken:

- eine intensive und objektive Aufklärung der Bevölkerung über Risiken einer längerfristigen Einnahme von Medikamenten mit Abhängigkeitspotential,
- ein generelles Verbot der Publikumswerbung für nicht-rezeptpflichtige Medikamente zur Behebung von Schlaflosigkeit, psychischen Störungen oder Veränderungen der Stimmungslage,
- den Aufbau von Strukturen und Modellprojekten, die die Arzneimitteltherapiesicherheit (AMTS) in Praxis und Klinik sowie die multiprofessionelle Betreuung und Behandlung älterer und oftmals multimorbider, psychosozial belasteter Patienten verbessern können,
- einen Ausbau von Unterstützungsangeboten für psychisch belastete Menschen sowie eine bessere Verzahnung dieser Angebote mit ärztlichen Behandlungsangeboten,
- eine angemessene Ausstattung und Vergütung des Suchtbehandlungs- und -hilfesystems zur Beratung und Behandlung Medikamentenabhängiger.

Begründung:

Nach aktuellen Erhebungen des Epidemiologischen Suchtsurveys weisen 4,5 Prozent der erwachsenen Bevölkerung zwischen dem 18. und dem 64. Lebensjahr eine Medikamentenabhängigkeit auf (= 2,3 Millionen), davon 3,4 Prozent eine Abhängigkeit von Schmerzmitteln, 0,8 Prozent von Schlafmitteln und 1,4 Prozent von Beruhigungsmitteln. Hinzu kommen 8,9 Prozent, die einen missbräuchlichen Medikamentenkonsum betreiben (= 4,6 Millionen). Dies stellt eine Zunahme gegenüber früheren Erhebungen dar.

Angenommen: Abgelehnt: Vorstandsüberweisung: Entfallen: Zurückgezogen: Nichtbefassung:

Stimmen Ja: 0

Stimmen Nein: 0

Enthaltungen: 0



Als mögliche Ursachen sind vor allem eine alternde Bevölkerung mit einer Zunahme chronischer Erkrankungen, eine Zunahme psychischer Belastungen, die immer weniger über das soziale Umfeld aufgefangen werden können, aber auch zunehmende Anforderungen an die Funktionsfähigkeit des Einzelnen im Alltag zu nennen.

Ärzte sehen sich in ihrer Praxis zunehmend mit den daraus resultierenden Symptomen sowie dem Wunsch nach deren schneller Beseitigung konfrontiert. Viele Medikamente, wie z. B. Beruhigungsmittel oder Schmerzmittel, haben sich als äußerst wirksam und hilfreich für die akute Behandlung von Beschwerden erwiesen. Im Kontext psychosozialer Probleme kann es jedoch zu nicht leitliniengerechten, lang andauernden Verordnungen kommen, die in Abhängigkeitserkrankungen münden können.

Erschwerend kommt hinzu, dass ärztliche Therapiebemühungen durch Arztwechsel oder die parallele Nutzung verschiedener Ärzte leicht unterlaufen werden können.

Zudem ist festzuhalten, dass der größte Teil der eingenommenen Schmerzmittel (65 Prozent) inzwischen ohne ärztliche Verschreibung erworben und in Selbstmedikation eingenommen wird.

Darüber hinaus wird das Problem durch eine vereinfachte Verfügbarkeit von Medikamenten mit Abhängigkeitspotenzial – z. B. über das Internet – befördert.

Die Bundesärztekammer, die Landesärztekammern und die Arzneimittelkommission der deutschen Ärzteschaft haben sich deshalb wiederholt

- für eine Arzneimittelgesetzgebung mit hohem Patientenschutz,
- eine kontinuierliche Information und Fortbildung von Ärzten zu einer rationalen Arzneimitteltherapie und
- eine objektive Aufklärung von Patienten über Medikamente mit Abhängigkeitspotential

eingesetzt.

Ein mögliches Ergebnis dieser Bemühungen ist die Tatsache, dass die Verordnungszahlen bei Benzodiazepinen und ihren Analoga bereits seit mehreren Jahren eine rückläufige Tendenz zeigen.